

Sicherheitspolitisches Seminar des VdRBw - Kreisgruppe Münster in der Akademie Biggese

vom 11.-12.10.2014

Zusammenfassung für die Webseite der Kreisgruppe

(Text: Jürgen Dreifke)

“An den Schnittstellen von Militär und Politik”, so lautete das Leitthema des sicherheitspolitischen Jahresseminars der Kreisgruppe Münster in der herbstlichen Akademie Biggese. Als Vortragsgast berichtete Generalmajor a. D. Robert Bergmann, der in seiner 41-jährigen Dienstzeit mehrfach in Funktionen diente, in denen politische Führungsämter militärische Expertise benötigten oder wo politische und militärische Entscheidungen abzustimmen waren. Bergmann war vielen Seminarteilnehmern noch als Kommandeur des Artillerieregiments 7 in Dülmen, der Panzergrenadierbrigade 19 in Ahlen und der Panzerbrigade 21 in Augustdorf bekannt. Seine engagierte und lebendige Schilderung der Tätigkeitsfelder im Pressestab des Bundesministers der Verteidigung (BMVg), im Bundeskanzleramt, beim Hohen Repräsentanten in Bosnien und Herzegowina, als Kommandeur der Multinationalen Brigade Südwest im Kosovo und als Stabsabteilungsleiter Fü S I im BMVg führte die meisten Zuhörer in ein Neuland.

Offiziere vertreten in vielen politischen Institutionen die Streitkräfte als Berater und Ansprechpartner, so im Kanzleramt, Bundespräsidialamt, im Auswärtigen Amt und anderen Ministerien, im Bundestag, bei den Fraktionen und in den Parteizentralen. Bei den letzteren sind sie für diese Zeit als Soldaten beurlaubt. In der Nähe dieser Zentren politischer Willensbildung sind Selbstständigkeit, Eigenverantwortung, Fingerspitzengefühl, Kommunikationsfähigkeit, Diskretion und Vertrauen unabdingbar. So werden fast alle diese Posten in der Regel nicht ohne vorherige persönliche Vorstellungsgespräche besetzt, da von Anfang eine Ebene enger Zusammenarbeit sichergestellt sein muss. Offiziere informieren in diesen Funktionen Politiker über militärische Belange und unterstützen bei der Analyse, Bewertung und Entscheidungen. Sie koordinieren natürlich auch die Zusammenarbeit mit militärischen Dienststellen. Sie halten sich im Hintergrund, achten auf Solidität ihrer Aussagen und vermeiden jede Besserwisserei. Sie kennen das Beziehungsgeflecht der Akteure, pflegen Kontakte und wahren Loyalität gegenüber den demokratisch gewählten Amtsträgern.

Im ehemaligen Jugoslawien war nach dem Abkommen von Dayton 1994 zur Beendigung des Bürgerkrieges durch den UN-Sicherheitsrat das Amt des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina eingerichtet worden. Als militärischer Vertreter im Büro des Hohen Repräsentanten, dem ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Carl Bildt, hatte Robert Bergmann nicht nur fachlich zu beraten, sondern auch die Zusammenarbeit mit den internationalen Friedenstruppen zu koordinieren und das BMVg zu informieren. Dabei hatte man sich sehr umsichtig in einem Geflecht vieler internationaler Akteure und Interessen zu bewegen. Trotz großer Erwartungen war eine sehr vorsichtige politische Vorgehensweise geboten. In Bürgerkriegsgebieten erweisen Soldaten ihre besondere Eignung für Friedenseinsätze, da sie schnell zur Verfügung stehen und spartanische Lebensumstände gewohnt sind.

In große Nähe zu politischen Entscheidungsträgern gelangte Robert Bergmann als Oberst und Gruppenleiter für militärische Angelegenheiten der Sicherheitspolitik im Bundeskanzleramt. Dort

erlebte er den Machtwechsel vom Kabinett Kohl zum Kabinett Schröder und wurde Zeuge, als die neue Regierung die schwerwiegende Entscheidung zu einer deutschen militärischen Beteiligung im Kosovo zu treffen hatte. Im Bundeskanzleramt sind alle Ressorts der Regierung gespiegelt und so ging eine Vielzahl von Vorgängen in sicherheitspolitischen und militärorganisatorischen Angelegenheiten über den Schreibtisch von Bergmann. Er hatte in militärischen Fachfragen zu unterstützen und Stellungnahmen vorzubereiten. Dies schloss große Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr mit ein. Qualifizierte Beratung durch Soldaten würde von den meisten Politikern geschätzt und durch Respekt im menschlichen Umgang mit Uniformträgern unterstrichen.

Politische Kontaktpflege und militärische Führungsaufgaben verbanden sich in der Funktion als Kommandeur des 7. Einsatzkontingents KFOR im Kosovo. Dort war er nicht nur nationaler Befehlshaber des deutschen Kontingents, sondern auch für Soldaten aus 12 Nationen in der multinationalen Brigade Südwest verantwortlich. Militärische Führung war in dieser Rolle nicht ohne politische Kommunikation und Fingerspitzengefühl denkbar. Bergmann erinnert sich gern an die Besuche von nationalen und internationalen Politikern aller Couleur, die es zu informieren und betreuen galt.

Bezug zu politischen Entscheidungen hatte auch seine Tätigkeit als Stabsabteilungsleiter Fü S I im BMVg, wo er über den Chef des Stabes den Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan in seinem Aufgabenbereich zu beraten und zu unterstützen hatte. Da der Generalinspekteur als erster militärischer Berater der Bundesregierung wesentliche sicherheitspolitische Grundsatzentscheidungen vorbereitet, befindet man sich auch dort in einem Umfeld, das ausgeprägter politischer Beobachtung und Einflussnahme unterliegt. Jede Aussage muss einer sachlichen Überprüfung standhalten können und Vertraulichkeit und Geheimhaltung sind unerlässlich. Zur Rolle der Soldaten im politischen Geschäft befragt, meinte Generalmajor a.D. Robert Bergmann abschließend: „Die Stimme von Soldaten findet Gehör, wenn sie als qualifiziert wahrgenommen wird.“

Der zweite Seminarbeitrag widmete sich aufgrund erhöhter Aktualität der Entwicklung in der Ukraine den historischen Wurzeln Osteuropas. Seminarleiter Jürgen Dreifke illustrierte mit zahlreichen Ortsschildern, dass Namen immer noch an die slawische Besiedlung der Osthälfte Deutschlands bis ins hohe Mittelalter erinnern. Deutsche waren als Siedler, Eroberer, Kaufleute, Berater und dynastische Verbindungen immer in die Geschichte Osteuropas eingebunden. Im Mittelalter bestimmte der Ordensstaat die Entwicklung im Baltikum. Böhmen war fast 1000 Jahre Bestandteil des Heiligen Römischen Reiches. Fast alle politischen und ethnischen Grenzen waren im Osten immer großen Veränderungen unterworfen. Osteuropa ist durch eine Vielfalt von Völkern und Religionen gekennzeichnet. Bis in die römische Zeit reichen die Bruchlinien zwischen katholischer und orthodoxer Welt zurück. Oft übersehen wird die Eigenentwicklung der nichtslawischen Völker, wie der Balten, Magyaren, Rumänen oder Albaner. Tolerante Herrscher in Polen und Litauen förderten im Mittelalter die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung und das osmanische Reich hatte zeitweise den Islam auf den Balkan und ans Schwarze Meer getragen. Dreifke umriss die staatliche Entwicklung Russlands, die zeitgleich mit westeuropäischen Staatenbildung im 9. Jahrhundert zwischen Kiew und Novgorod begann, durch die mongolische Oberherrschaft der Mongolen unterbrochen, im späten Mittelalter aber vom Großfürstentum Moskau fortgesetzt wurde und in das spätere Imperium der Zaren und Sowjetunion mündete. Dabei sind die Küsten an der Ostsee und am Schwarzen Meer erst

spät in den russischen Machtbereich gelangt. Der ukrainische Raum stand lange unter polnisch-litauischem Einfluss. Großräumige Herrschaftsbildungen, verbunden mit der Ausübung von Fremdherrschaft über andere Völker, prägten die Geschichte in der Osthälfte unseres Kontinents. Während die Russische Föderation die Kontinuität eines Großstaates bewahrt, sind das oströmische Reich, Polen-Litauen, das osmanische Reich und die habsburgische Doppelmonarchie längst verschwunden.

Viele Staaten waren länger als im Westen durch autokratische Herrschaftsformen geprägt und der Übergang zur Demokratie nach 1990 war nur in Polen und Tschechien durch eine längere freiheitliche Traditionen gesellschaftlich vorbereitet.

Zahlreiche neue Grenzen in der Zeit nach 1990 haben noch keine dauerhafte Stabilität gebracht und der Beitrag mündete in einer Diskussion über den dauerhaften Bestand eines ukrainischen Staates und der Bewertung der russischen Politik.

Im dritten Seminarteil gab OTL d.R. Uwe Riebe Impulse zu einer Diskussion über die Bedeutung des afrikanischen Kontinents und die Rolle der deutschen Afrikapolitik. Nach der Präsentation einer Serie ausdrückvoller Fotos von Land und Leuten veranschaulichte der Referent mit Karten und Grafiken die Dimensionen und Ressourcen des zweitgrößten Kontinents, der mit einer Zahl von über 1,1 Milliarden Menschen bei uns viel zu wenig wahrgenommen wird. Die Stabilität dieses Kontinents wird dadurch erschwert, dass die Identität von Stämmen nicht mit der von Staaten identisch ist und die lange Kolonialzeit, eine gewachsene Staatenbildung gar nicht erst zuließ. Nur Äthiopien hat seit dem Altertum eine staatliche Einheit gebildet. Der Verlauf der Eisenbahnen aus der Kolonialzeit markiert immer noch das Interesse der übrigen Welt an afrikanischen Rohstoffen. Frankreich ist als ehemalige Kolonialmacht immer noch sehr präsent und die Uranvorkommen in Niger, in der Nachbarschaft des Krisenherdes Mali, sind unverzichtbar für die französische Atomwirtschaft. Filmreportagen zu den Interventionen aus französischen Medien dokumentierten das Bemühen Frankreichs, Bündnispartner für seine Afrikapolitik zu gewinnen. China ist wegen seiner Abhängigkeit von Rohstoffen in hohem Masse auf dem Kontinent präsent und versucht ohne humanitäre Bedenken, die afrikanischen Regierungen für seine Interessen einzunehmen. Die Frage stellt sich, ob Deutschland aus moralischen Gründen auf Distanz bleiben oder legitime Handelsinteressen wahrnehmen sollte? Offen ist auch, ob Handelsbeziehungen und Landesentwicklung nicht zusammen gehören und diese Beziehungen mit seriösen und stabileren Partnerstaaten bevorzugt ausgebaut werden sollten. Deutschland wird Afrika neu entdecken.